



Bürgerliste Wiesbaden

Fraktion Bürgerliste Wiesbaden – Rathaus – 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion
Schloßplatz 6
Rathaus - 3.Stock / Zi. 308
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 31 31 60 / 59
Fax: 0611 - 31 69 26

www.BLW-Fraktion.de

E-Mail:
BLW-Fraktion@Wiesbaden.de

Bankverbindung:
Nassauische Sparkasse Wiesbaden
Kto. 110 241 700
BLZ 510 500 15

Fraktionsvorsitzender:
Dr. Michael von Poser
Geschäftsführer: K.H. Maierl

Wiesbaden, 31.07.2007

Pressemitteilung :

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

Wir erleben wieder einmal ein wohlfeiles Theoretisieren über Bürgerbeteiligung, wobei die regierenden Parteien den Eindruck erwecken wollen, sie täten alles, um die Bürger einzubinden.

Frau Hinnerger von den Grünen erklärt: „Wir brauchen eine Kultur breiter Bürgerbeteiligung, bei der die frühzeitige Einbindung selbstverständlich ist“. Die FDP plant eine Initiative dazu und schlägt einen Runden Tisch vor.

Schon früher ist man so vorgegangen: Wenn die Frage der Bürgerbeteiligung aufkam, wurde mit viel Geldaufwand ein Hearing organisiert, Referate wurden gehalten, dann war es wieder gut. Für uns sind das nur Ablenkungsmanöver.

Wie sieht die Wirklichkeit aus? Seit die wichtigen Planungen als PPP-Verfahren organisiert werden, wie beispielsweise das Justiz- und Verwaltungszentrum an der Mainzer Straße oder der Block mit der Polizeistelle am Platz der Deutschen Einheit, gibt es in Wiesbaden so gut wie keine Bürgerbeteiligung mehr. PPP-Verfahren sind Geheimverfahren, bei denen die Bevölkerung nur das Endergebnis zum Schluß zur Kenntnis nehmen muß, selbst die Abgeordneten haben nur begrenzte Einflußmöglichkeiten und stimmen zum Beispiel über Fassaden ab, die sie gar nicht gesehen haben. Diese PPP-Verfahren, die das Ende der Bürgerbeteiligung bedeuten, werden von den Grünen und der FDP ohne Kritik mitgetragen.

Die BLW-Fraktion hat in einem Antrag vom 15. März dieses Jahres gefordert, daß der Magistrat ein Konzept zur Bürgerbeteiligung bei PPP-Verfahren entwickelt. Der Antrag wurde angenommen, bis heute ist jedoch dazu nichts vorgelegt worden. Der Oberbürgermeister Müller hat in einem Zeitungsinterview eingeräumt, daß es bei PPP-Verfahren kaum Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung gebe, er spricht von einem „richtigen Mangel“.

Die hehren Worte zur Bürgerbeteiligung sind irreführend und überflüssig, solange nicht konkrete Maßnahmen zur Verbesserung ins Auge gefaßt werden.

In dem Zusammenhang ist auch zu bedenken, daß durch die Privatisierungen und Verselbständigung von städtischen Gesellschaften die Kontrollmöglichkeiten durch die Bürger zusehends schwinden. Die Abgeordneten dürfen über wirtschaftliche Daten der städtischen Gesellschaften öffentlich nichts sagen, die Bevölkerung erfährt überhaupt nichts dazu. Auch hier die Tendenz zur Geheimhaltungspolitik.

Typisch für diese Entwicklung ist der Fall Kohlekraftwerk: das Parlament beschließt ein Moratorium, die Kraftwerksbetreiber ignorieren es. Ein Bürgerentscheid wie am Dornschen Gelände wäre gar nicht möglich, da die städtische Gesellschaft ihre eigene Politik betreibt. So wird das Prinzip der Selbstverwaltung der Gemeinde ausgehöhlt.

Die Bevölkerung wird am städtischen Geschehen hauptsächlich durch Feste und Events beteiligt, das bedeutet auch eine Ablenkung von stadtpolitischen Problemen. Einem ernsthaften Bürgerengagement bei den großen Planungen wird entgegengearbeitet. Die Bürger sollen sich mitamüsieren, aber nicht mitreden.

Dr. Michael von Poser